

Zum mittlerweile traditionellen Heringessen der Münchberger SPD konnte Vorsitzender Otmar Wiedel neben vielen interessierten Münchbergern auch eine Reihe auswärtiger Gäste, an ihrer Spitze der Helmbrechtser Bürgermeister Stefan Pöhlmann und der ehemalige Landtagsabgeordnete Klaus Wolfrum, im vollbesetzten Gasthaus Wauer begrüßen. Besonders erfreut zeigte er sich, dass als Rednerin die Kulmbacher Landtagsabgeordnete Inge Aures zugesagt hatte, die auch den Landkreis Hof betreut.

Aures erklärte, sich auf die Landespolitik konzentrieren zu wollen. Sie stellte zunächst die Hintergründe der von den Schülern organisierten Proteste zum G8 dar. Diese Regelung bringe nicht nur Stress für die Schüler und nehme ihnen weitgehend die Möglichkeit zu sozialen Aktivitäten in Vereinen – sie belaste auch die Familien. Es sei höchste Zeit, die Lehrpläne zu durchforsten. Derzeit sei nicht einmal der Prüfungsstoff für das Abitur klar festgelegt. So zeige sich wieder, wie weit Reden und Handeln bei der CSU auseinander liegen.

Inge Aures bekundete ihren größten Respekt gegenüber den Schülerprotesten. Initiatoren und Teilnehmer hätten den Mut zur klaren und fundierten Meinungsäußerung gezeigt. Ihrer Ansicht nach sollten die Bürgerinnen und Bürger noch häufiger selbst erkannte Missstände und Ungerechtigkeiten in Eigeninitiative zu Gehör bringen. So könne man die Verantwortlichen aufrütteln.

Ebenso wie Bildung und Familie sei auch die innere Sicherheit ein Thema, dass bei allen Gelegenheiten angesprochen werden müsse. So würden zusätzliche Stellen bei der Polizei und an Schulen zwar in den Fachausschüssen von Regierungsabgeordneten unterstützt, im Haushaltsausschuss aber wieder gestrichen.

Entsprechendes gelte bei wichtigen Maßnahmen für die Region. Gegenüber dem Bürger seien die CSU-Abgeordneten eifrige Befürworter, aber bei der Abstimmung im Landtag kämen dann nur Stimmenthaltungen heraus. Das Ergebnis dieser Politik sei, dass die Landesmittel vor allem in die Ballungszentren fließen und die Städte und Gemeinden im ländlichen Raum immer größere Schwierigkeiten hätten, auch nur ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen. Aures appellierte an die anwesenden Kommunalpolitiker, in ihren Anstrengungen nicht nachzulassen, die Infrastruktur und öffentliche Einrichtungen zu erhalten. Gerade für den Erhalt und die Ansiedlung von Arbeitsplätzen seien oft auch soziale und kulturelle Einrichtungen und Angebote ausschlaggebend.

Aures ging weiter auf die Affäre der Landesbank ein, wo sie im Untersuchungsausschuss des Landtages die SPD vertritt. Nachdem durch die undurchsichtigen Spekulationen der Landesbank bereits ein Viertel eines bayerischen Landeshaushalts verbraucht worden sei, müssten die bayerischen Steuerzahler nun mit dem Desaster der Hypo Group Alpe Adria (HGAA) weitere Verluste von 3,7 Milliarden Euro schultern. An einigen Beispielen machte sie deutlich, was mit diesen Geldern in Bayern hätte bewirkt werden können. Der Schaden für das Bundesland sei angerichtet und werde zulasten der Bürger gehen. Notwendig sei jetzt aber Aufklärung, wer für die eklatanten Fehlentscheidungen verantwortlich ist. Dabei gehe es nicht nur um den Kauf der Bank selbst, sondern auch um Zahlungen von der Landesbank und über Tochterfirmen an Kärnten, die ohne erkennbare Gegenleistung erfolgt seien.